

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Linus Förster, Susann Biedefeld, Diana Stachowitz, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayr, Kathi Petersen** und **Fraktion (SPD)**

Handeln statt verhandeln: Mit EU-Sofortprogramm Menschen retten und Fluchtursachen bekämpfen

Der Landtag wolle beschließen:

Die wiederholten Flüchtlingskatastrophen im Mittelmeer müssen Anlass für die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten sein, die Anstrengungen zur Rettung von Flüchtlingen und zur Bekämpfung von Fluchtursachen sichtbar und spürbar zu verstärken.

Die Staatsregierung wird deshalb aufgefordert, auf Bundes- und EU-Ebene darauf hinzuwirken, dass die EU diese Aufgabe zu einem ihrer vordringlichsten politischen Schwerpunkte macht. Das schließt wirksamere kurzfristige humanitäre Hilfen zur Rettung von Menschenleben ebenso ein wie mittel- und langfristige Strategien der Stabilisierungs-, Entwicklungs- und Handelspolitik gegenüber den Herkunfts- und Transitländern der Flüchtlinge.

Um der Flüchtlingsrettung und Fluchtursachenbekämpfung schnellstmöglich Wirksamkeit zu verschaffen, ist es notwendig,

- dass im Mittelmeer unverzüglich ein von allen EU-Mitgliedsstaaten gemeinsam finanzierter, materiell und personell umfassend ausgestatteter Seenotrettungsdienst zum Einsatz kommt,
- dass intensiv geprüft wird, ob Asylanträge bereits vor Ort in den Herkunfts- und Transitländern gestellt werden können,
- dass angekommene Flüchtlinge in den Ankunftsstaaten menschenwürdig versorgt und solidarisch auf alle EU-Mitgliedsstaaten verteilt werden,
- dass dafür in den Ankunftsstaaten Erstaufnahme-Einrichtungen unter europäischer Mitwirkung errichtet werden, die die Wahrung der völkerrechtlich verbindlichen Menschenrechte bei der Erstversorgung und eine sichere Weiterreise sicherstellen,
- dass anerkannte Asylbewerber in die Aufnahmegesellschaften angesiedelt und gesellschaftlich integriert werden,
- dass mehr Möglichkeiten einer legalen Einwanderung geschaffen werden, damit illegaler Einwanderung, Schleuserkriminalität und illegaler Beschäftigung Nährboden entzogen werden kann,
- dass die nationalen und europäischen Anstrengungen zur Bekämpfung der Schleuser- und Schlepperbanden massiv verstärkt werden,

- dass unverzüglich ein EU-Sonderprogramm zur politischen Stabilisierung und wirtschaftlichen Entwicklung der Herkunfts- und Transitländer umgesetzt wird, um die Fluchtursachen zu bekämpfen und die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen in ihrer Heimat schnell und spürbar zu verbessern. Dieses Sonderprogramm ergänzt bestehende Wirtschafts- und Entwicklungshilfe-Anstrengungen und ersetzt diese nicht.

Begründung:

Die auf den Schutz der „Festung Europa“, auf Abschreckung und Abwehr ausgerichtete bisherige EU-Flüchtlingspolitik ist sichtbar am Ende. Sie konnte die Massenflucht aus Afrika und dem Nahen Osten nicht verhindern, hat aber unendliches menschliches Leid mit sich gebracht und das Mittelmeer zu einer der gefährlichsten Grenzen der Welt gemacht. Wie befürchtet hat die Beendigung der italienischen Rettungsoperation Mare Nostrum neuerlich zu einem dramatischen Anstieg von Todesopfern unter den Flüchtlingen geführt. Allein seit Jahresbeginn sollen mehr als 1.500 Menschen ertrunken sein. Seit dem Jahr 2000 sind mehr als 22.000 Flüchtlinge auf dem Weg nach Europa ums Leben gekommen, die Dunkelziffer dürfte weitaus höher sein.

Damit muss endlich Schluss sein: Das Mittelmeer darf nicht länger zum Massengrab werden. Es bedarf endlich einer Wende in der Flüchtlingspolitik, die Papst Franziskus und andere wiederholt und schon vor Jahren in Lampedusa angemahnt haben. Europa darf nicht länger beim Flüchtlingssterben zuschauen. Will es nicht seine "Seele verlieren" (Papst Franziskus), muss es seiner humanitären Verantwortung gerecht werden und alles daran setzen, Not leidende Menschen zu retten und gleichzeitig die tiefer liegenden Ursachen von Abwanderung und Flucht in den Herkunftsländern zu bekämpfen.